

Resolution

Zur Bezirksvertretungssitzung am 22. Juni 2023

Betrifft: Solidarität mit den Freizeitpädagog*innen - Für den Erhalt der verschränkten Gratis-Ganztagschule

Die Bundesregierung plant einen Eingriff in das Schulsystem, der in der Praxis das Ende der Wiener Gratis-Ganztagschulen in heutiger Form bedeuten würde - und damit einen massiven Rückschlag für die Chancengerechtigkeit unserer Kinder.

Die Einführung einer neuen Personengruppe „Assistenzpädagog:innen“ soll beginnend mit dem Schuljahr 2024/25 in den ganztägig geführten Schulformen eingesetzt werden und die derzeitigen Freizeitpädagog:innen ersetzen. Aktuell arbeiten rund 2.200 Freizeitpädagog:innen im Rahmen der „Bildung im Mittelpunkt GmbH“ (Unternehmen der Stadt Wien), an 142 Schulstandorten für die Kinder in ganz Wien. Die Rahmenbedingungen für die ganze Berufsgruppe werden mit der Verabschiedung des Gesetzesentwurfes der Bundesregierung massiv verschlechtert, indem Kompetenzen und Gehälter der Pädagog:innen beschnitten werden.

Ebenso wird die Pädagogik für Schüler:innen durch die Betreuung in der Lernzeit massiv verschlechtert, da laut Vorhaben des Bundes der/die Klassenlehrer:in die Lernzeit nicht mehr leiten, sondern dies künftig den Assistenzpädagog:innen obliegt. Des Weiteren geht aus dem Entwurf hervor, dass Lehrer:innen nur mehr dann für den Betreuungsteil eingesetzt werden dürfen, wenn keine Assistenzpädagog:innen zur Verfügung stehen. Dies stellt einen untragbaren Rückschritt für die Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik dar, da viele Wiener Schüler:innen auf einen hochwertigen Lernbetreuung durch Lehrkräfte angewiesen sind.

Weiters würde die Gesetzesnovelle eine deutliche Verschlechterung für Kinder mit Behinderung mit sich bringen, da derzeit keine zusätzlichen Stunden für die Sonderpädagogik vorgesehen sind.

Auch eine weitere Wiener Errungenschaft, nämlich jene der leistbaren Ferienbetreuung in den City Camps wird mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf torpediert. Assistenzpädagog:innen sollen hinkünftig nur noch für insgesamt drei Wochen für die Ferienbetreuung eingesetzt werden, wobei zwei Wochen davon bereits für die Sommerschulen des Bundes vorgesehen sind. Eltern, vor allem Frauen würden wieder vor die Wahl gestellt werden zwischen Familie und Beruf, wenn eine private Ferienbetreuung nicht leistbar ist. Ganz grundsätzlich, aber insbesondere in Zeiten einer massiven Teuerung ist dieser Angriff auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für finanziell aufs Schärfste zurückzuweisen.

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich daher gegen den von der Bundesregierung geplanten bildungspolitischen Rückschritt aus und fordert die Bundesregierung auf das etablierte Wiener Modell der Ganztagschulen in verschränkter Form sowie der Ferienbetreuung nicht weiter zu torpedieren.